

KEIN TAUWETTER ZWISCHEN PEKING UND MOSKAU
(Retrospektive auf das Angebot der VR China zum Abschluß eines
Nichtangriffspakts anläßlich des 57. Jahrestages der Oktober-Revolution
vom November 1974)

Oskar Weggel

Unter dem Datum des 6. November 1974 hatten der Ständige Ausschuß des Nationalen Volkskongresses sowie der Staatsrat der Volksrepublik China ein Glückwunschtelegramm an das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR und an den Ministerrat der UdSSR gesandt, in dem u.a. der Abschluß eines Nichtangriffspakts vorgeschlagen worden war.

Das Telegramm war nur über die Prawda ins Ausland gelangt, und zwar in einer Fassung, in der, wie sich zwischenzeitlich herausgestellt hat, die wichtigste Passage ausgelassen war.

Im Gegensatz zur Prawda-Version wollen die Chinesen damals den vollständigen englischen Text an westliche Journalisten übergeben haben, u.a. in Peking und - durch die chinesische Botschaft - in Moskau. Der in "CHINA aktuell" wiedergegebene deutsche Text war die inoffizielle Übersetzung des "Welt"-Korrespondenten in Peking (1).

Im Dezember-Heft von "CHINA aktuell" (2) hat Yu-Hsi Nieh zu der chinesischen Note sowie zu der daraufhin von der Sowjetunion verlautbarten Ablehnung bereits kritisch Stellung genommen.

Inzwischen ist dem Institut das chinesische Telegramm vom 6. November in vollständiger Übersetzung zugegangen. Es hat folgenden Wortlaut:

"An das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR
 An den Ministerrat der UdSSR

Moskau

Anläßlich des 57. Jahrestages der Oktoberrevolution senden wir im Namen des chinesischen Volkes dem brüderlichen Sowjetvolk herzliche Glückwünsche.

Die Oktoberrevolution war eine glänzende Anwendung der großen Lehre des Marxismus-Leninismus in der Praxis. Sie eröffnete eine neue Ära in der Geschichte der Menschheit. Wir wünschen dem großen Sowjetvolk fortwährend neue Siege im Kampf bei der Verteidigung der Früchte der Oktoberrevolution. Die Völker Chinas und der Sowjetunion halfen und unterstützen sich gegenseitig und schmiedeten eine tiefe revolutionäre Freundschaft in ihrem langjährigen revolutionären Kampf. Das chinesische Volk schätzt diese Freundschaft immer hoch ein. China tritt konsequent dafür ein, daß die prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten zwischen China und der Sowjetunion nicht die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Ländern auf der Grundlage der 5 Prinzipien der friedlichen Koexistenz stören sollten. Die chinesische Regierung hat mehrmals vorgeschlagen, daß beide Seiten die Verhandlungen in gutem Geiste führen und dadurch freundschaftliche gutnachbarliche Beziehungen herstellen sollten.

Um dies zu erreichen, ist es zuallererst erforderlich, in Überein-

stimmung mit der Verständigung, die im September 1969 zwischen den Ministerpräsidenten Chinas und der Sowjetunion erreicht wurde, eine Vereinbarung über die Beibehaltung des Status quo an der Grenze, die Verhütung bewaffneter Konflikte und das Auseinanderrücken der Streitkräfte beider Seiten in den umstrittenen Gebieten, einschließlich eines gegenseitigen Nichtangriffs und eines gegenseitigen Gewaltverzichts, zu unterzeichnen, und dann dazu überzugehen, sämtliche Grenzfragen durch Verhandlungen beizulegen.

Wir sind immer der Meinung, daß die Normalisierung der Beziehungen zwischen China und der Sowjetunion den grundlegenden Interessen der Völker beider Länder entspricht. Die chinesische Regierung wird nach wie vor bestrebt sein, die revolutionäre Freundschaft zwischen den Völkern Chinas und der Sowjetunion zu erhalten und die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Ländern zu fördern.

Ständiger Ausschuß des Nationalen Volkskongresses
 Staatsrat der VR China
 Peking, 6. Nov. 74 "

Vergleichen wir die in "CHINA aktuell" abgedruckte Version mit diesem neu bekanntgewordenen Text, so ist er beinahe - aber eben nur beinahe - identisch. Im mittleren Teil ergibt sich nämlich eine entscheidende Abweichung, die die harte negative Reaktion Moskaus erst verständlich werden läßt.

Diese Differenz setzt ein bei dem Wortlaut "Um dies zu erreichen ...". In der früher bekannten Version hieß es:

"... um dies zu erreichen, ist es zuallererst erforderlich, in Übereinstimmung mit der Übereinkunft, die im September 1969 zwischen dem Ministerpräsidenten Chinas und der Sowjetunion erreicht wurde, ein Abkommen zu unterzeichnen, das einen beiderseitigen Nichtangriffspakt und einen gegenseitigen Gewaltverzicht, die Beibehaltung des Status quo an der Grenze, die Verhütung bewaffneter Konflikte und das Auseinanderrücken der Streitkräfte auf beiden Seiten einschließt, und man dann dazu übergeht, die gesamten Grenzfragen durch Verhandlungen beizulegen."

Vergleicht man beide Fassungen miteinander, so kommt man zu sechs gleichlautenden Passagen und einer einzigen - dafür aber auch gleich ganz entscheidenden - Abweichung.

Die sechs Konkordanzien lauten:

- Die Verständigung vom September 1969 zwischen Chou En-lai und Kossigyn soll als Grundlage neuer Abmachungen dienen.
- Es soll die Beibehaltung des Status quo an der Grenze vereinbart werden.

- Es soll eine Vereinbarung über die Verhütung bewaffneter Konflikte erzielt werden.
- Es soll das Auseinanderrücken der Streitkräfte beider Seiten stipuliert werden.
- Es soll ein gegenseitiger Nichtangriffs- und Gewaltverzichts-pakt unterzeichnet werden.
- Anschließend, d.h. nachdem die vorausgehenden Punkte erfüllt sind, sollen auch Verhandlungen über die endgültige Regelung der Grenze getroffen werden, deren Verlauf ja bisher immer noch umstritten ist.

Wie Nieh (3) dazu richtig bemerkt, verlangt Peking heute offensichtlich von Moskau keine vorherige Anerkennung des Inhalts mehr, daß die unter den Zaren geschlossenen Grenzabkommen "ungleiche" Verträge seien.

Es wäre in diesem Zusammenhang auch noch zu bemerken, daß die sechs erwähnten Konkordanzen keineswegs neue Vorschläge enthielten. Vielmehr waren entsprechende Angebote sowjetischerseits bereits im Januar 1971 (Gewaltverzicht !) und im Juni 1973 (Verhandlungen über einen Nichtangriffspakt) vorgebracht worden.

Bei soviel Übereinstimmung möchte man eigentlich annehmen, daß Moskau die chinesische Offerte, die ja nichts weiter ist als eine - bestätigende - Wiederholung seiner eigenen Angebote, ohne weiteres hätte akzeptieren können. Dieser Annahme jedoch standen zwei "Reizworte" entgegen, die in der früheren Fassung nicht enthalten sind, nämlich die Wörter "umstrittene Gebiete". In der Tat waren es ja auch diese beiden Worte, auf die Breschnew bei seiner Rede in Ulan Bator am 26.11. so scharf reagiert hatte. Wörtlich lautete die entsprechende Ablehnungspassage:

"So fordert Peking doch tatsächlich als Vorbedingung nichts weniger als den Abzug sowjetischer Grenztruppen aus einer Anzahl unserer Gebiete, auf die die chinesischen Führer Anspruch erheben, und die sie 'umstrittene Gebiete' nennen. Peking will nur in Grenzverhandlungen einwilligen, wenn seine Forderung bezüglich der 'umstrittenen Gebiete' erfüllt wird. Es ist ganz klar, daß eine derartige Position absolut unannehmbar ist, und wir weisen sie zurück" (4).

Nach der Lektüre der neuen Fassung des Textes fällt es einem nun gleichsam wie Schuppen von den Augen. Die harte sowjetische Reaktion wird hier verständlicher. Die chinesische Formulierung "Auseinanderrücken der Streitkräfte beider Seiten in den umstrittenen Gebieten" mußte den Sowjets insofern

unannehmbar erscheinen, als sie ja davon ausgehen, daß es sich bei eben diesen Gebieten ausschließlich um sowjetisches Territorium handelt, aus dem also - wenn man der chinesischen Anregung Folge leistete - ausschließlich sowjetische Grenztruppen abgezogen werden müßten. Es ist das Verdienst von Dieter Heinzig (5), auf diesen entscheidenden Punkt aufmerksam gemacht zu haben.

Als "umstrittene Gebiete" - ein Begriff, den Moskau ablehnt - bezeichnen die Chinesen diejenigen Territorien, bei denen sie sich anlässlich der Grenzverhandlungen im Jahre 1964 - damals wurden Grenzkarten ausgetauscht - nicht hatten einig werden können (6). Gebiete also, die unter Verletzung der Verträge des 19. Jh. okkupiert worden seien, müßten unbedingt an China zurückgegeben werden. Rußland habe solche Gebiete gewaltsam an sich gebracht, z.B. über 20.000 qkm im Pamir-Bereich und mehr als 600 Inseln und Uferstreifen im Amur-Ussuri-Abschnitt mit über 1000 qkm Gesamtfläche. Die chinesische Formel vom "Auseinanderrücken der Streitkräfte beider Seiten in den umstrittenen Gebieten" bedeutet daher im Klartext nichts anderes als die Forderung nach Entmilitarisierung von mindestens 21.000 qkm Territoriums, das von den Sowjets beansprucht wird (7).

Mit Heinzig darf man deshalb davon ausgehen, daß das chinesische November-Angebot "eher auf eine weitere Abkühlung als auf ein heraufziehendes Tauwetter hindeutet", zumal die Chinesen härtere Vorbedingungen für den Beginn der eigentlichen Grenzverhandlungen gestellt haben. Peking forderte nämlich den Kreml auf:

- das Entsenden von Spionen nach China einzustellen;
- seine Grenztruppen auf den Stand von 1964 zu reduzieren;
- seine militärischen Einheiten aus der Mongolischen VR abzuziehen und
- auf Manöver und Provokationen im Grenzraum zu verzichten. (8).

Der Komplex "Nichtangriffspakt" sollte erneut gezeigt haben, daß die richtige Bewertung außenpolitischer Aktivitäten der VR China häufig nicht sofort vorgenommen werden kann, sondern erst in der Retrospektive. Auch im Zusammenhang mit der chinesisch-amerikanischen Entente cordiale im Jahre 1972 sind nachträglich sowohl von amerikanischer wie von chinesischer Seite (im Jahre 1974) Fakten bekanntgeworden, die nach eineinhalb Jahren neues Licht auf die Vorgänge von damals warfen (9).

1) "Die Welt", 9.11.1974
 2) C.a., Dezember 1974, S.778 ff.
 3) a.a.O., S.779
 4) zitiert bei Nieh, a.a.O., S.779
 5) "Keine Annäherung zwischen Peking und Moskau", Europa-Archiv 1975, S.171 - 174
 6) Erklärung der Regierung der VR China vom 7.10.1969 in JMJP,

8.10.1969, Peking Review, 1969, Nr. 41, S.4, zitiert bei Heinzig, a.a.O., S.171

7) Heinzig, a.a.O., S.171 f. mit Nachweisen

8) Heinzig mit Nachweisen, a.a.O. S.173 f.

9) vgl. Oskar Weggel, "Rückblenden auf die Annäherung der chinesisch-amerikanischen Entente cordiale im Jahre 1972", C.a. 1974, S.554 ff.